Große Koalition trinkt Wein und predigt Wasser

In den Beratungen des Finanzausschusses hat der finanzpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Klaus Müller, nach den veranschlagten Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt 2006 gefragt. Nach einer Übersicht der Landesregierung (Umdruck 16/272) steigen ihre Ausgaben von 2005 auf 2006 um über 10 Prozent. Dazu erklärt **Klaus Müller**:

Diese Auskunft der Landesregierung ist der Beleg für eine weitere schwarz-rote Seifenblase zum Thema Haushaltssanierung, die zerplatzt.

Welch markige Töne haben wir von der Landesregierung bei der Vorstellung ihres Haushaltentwurfes und der 1. Lesung im Landtag gehört. Man sei sich einig, dass „alle Aufgaben auf ihre Unverzichtbarkeit überprüft“ werden müssen, „es werde Härten geben“ und man „müsse unverzüglich und nachhaltig einen Kurswechsel einschlagen“, so der Ministerpräsident und der Finanzminister.

Auf Nachfrage wird jetzt klar, was dies für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit unter Schwarz-Rot bedeutet: Die Ausgaben der Landesregierung sollen in diesem Bereich um 62.900 Euro (10,71 %) ansteigen.

Allein der Ministerpräsident will sich 36.700 Euro mehr genehmigen. Wichtige Aufgaben, wie die Ausrichtung des Tages der Deutschen Einheit, sollen nicht alternativ sondern additiv finanziert werden. Hinzu kommen Mittel für die Repräsentationsaufgaben der Kulturabteilung (21.000 Euro), die es bisher nicht gegeben hat (Umdruck 16/266). Einsparungen bei der Öffentlichkeitsarbeit gibt es nur im Finanz- (- 10 Prozent), im Justiz- (- 0,8 Prozent) und im Landwirtschaftsministerium (-11,7 Prozent).

Die Regierungsumbildung mag in vielen Fällen Verschiebungen begründen, sie rechtfertigt aber nicht die insgesamt Erhöhung der Ausgaben. Auch sinnvolle neue Aufgaben wie der „Familienfreundliche Betrieb“ können in der gegenwärtigen finanziellen Lage keine zusätzlichen Ausgaben begründen.

Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig und legitim und selbst ihre komplette Streichung würde den Haushalt keinesfalls sanieren, aber eine Erhöhung ist angesichts der vollmundigen Versprechungen des Ministerpräsidenten gegenüber allen Betroffenen von Streichungen eine schlichte Unverschämtheit.

Bündnis 90/Die Grünen werden beantragen, die Erhöhungen rückgängig zu machen.

**Ausgaben der Landesregierung für Öffentlichkeitsarbeit
Angaben nach Umdruck 16/272 vom 17.10.05 (in T Euro)**

		2005	2006	Veränderung	prozentual
Staatskanzlei	EP 03	158,0	194,7	36,7	23,23
Innenministerium	EP 04	72,4	85,3	12,9	17,82
Finanzministerium	EP 05	10,0	9,0	-1,0	-10,00
Wirtschaftsministerium	EP 06	57,0	67,7	10,7	18,77
Bildungsministerium	EP 07	71,8	73,5	1,7	2,37
Justizministerium	EP 09	23,9	23,7	-0,2	-0,84
Sozialministerium	EP 10	71,7	88,1	16,4	22,87
Landwirtschaftsministerium	EP 13	122,6	108,3	-14,3	-11,66
Summe		587,4	650,3	62,9	10,71
Landtag	EP 01	429,2	434,4	5,2	1,21
		1016,6	1084,7	68,1	6,70